



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

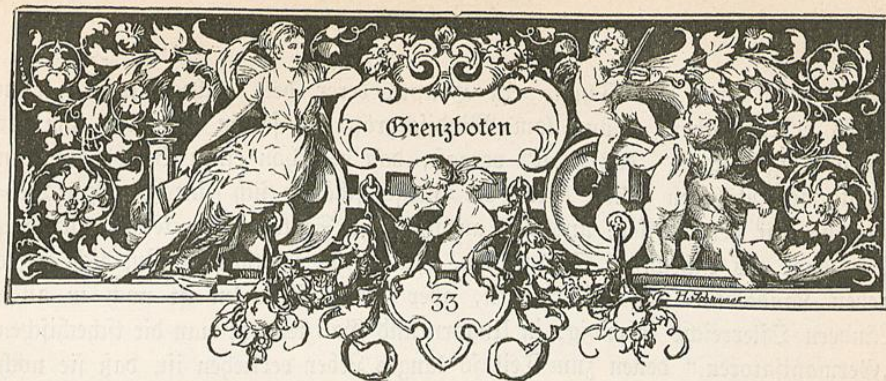
DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Eine brennende Ohrfeige : aus Böhmen

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Eine brennende Ohrfeige

Aus Böhmen



er sogenannte böhmische Ausgleich scheint seinen Kreislauf bereits vollendet zu haben. Die Tschechen wollen ihn nicht zu stande kommen lassen, und die Deutschen erkennen endlich, daß ihnen auch das weiteste Entgegenkommen nichts nützt. Auch dieser Sühneversuch ist gescheitert, und man muß nur wünschen, daß er der letzte bleibe. Wie viele Mittel sind schon versucht worden, die Tschechen zu einer vernünftigen, ruhigen Mitarbeit an den Staatsgeschäften zu bewegen! Aber weder die Giskrafche „Veröhnung durch die Freiheit,“ noch die wohlwollende Vermittelung des Grafen Potocki, noch des Grafen Taaffe äußerste Zugeständnisse haben verfangen, auch die Kapitulation, zu der Belcredi und Hohenwart bereit waren, würde nicht befriedigt haben, wenn sie zu stande gekommen wäre, und die geheimen Zettelungen, einmal von Beust, einmal von Privatpersonen (angeblich unter der Ägide des damaligen Ministers Unger) betrieben, haben die Lage immer nur verschlimmert. Ob die Tschechen jemals für den Genuß politischer Freiheit reif werden, ist fraglich, jetzt sind sie noch nicht so weit. Die großen Mundhelden an ihrer Spitze wiederholen täglich, „das Volk“ verlange das tschechische Königreich Böhmen, und es ist gar nicht zu leugnen, daß die Massen fanatisirt worden sind in dem Grade, daß die Alttschechen nur noch durch die schmähdlichsten Winkel- und Rückzüge, Verschlingen der eignen Worte und bedingungslose Unterwerfung sich vor dem Schicksal retten können, ebenso verfehmt und verfolgt zu werden, wie einst Herbst und Schmerling. Als ob es ein Kunststück wäre, ungebildete, begehrliche Volksmassen gegen angebliche Unterdrücker zu entflammen! Das haben die Demagogen aller Zeiten verstanden, auch die tschechischen im vierzehnten und fünfzehnten Jahrhundert und die von 1848. In dem letztern

Grenzboten III 1890

Jahre war Graf Leo Thun, ein Hauptförderer des Tschechentums, kaum seines Lebens sicher. Dann kam Windischgrätz mit seinen Bomben, kam der Belagerungszustand, „das Volk“ vergaß, daß es schon einen Bierbrauer zum König von Böhmen gekürt hatte, der Bürger schämte sich seines einstigen Lieblingens mit den Russen, und das autokratische System fand keine willigeren Werkzeuge als tschechische Demokraten. An diese Thatsache lassen sich unsere lieben Landsleute ungern erinnern, aber deren Gedenken ist noch in allen Ländern Österreichs lebendig; in Ungarn und Galizien hat man die tschechischen „Germanisatoren,“ denen zum Teil so langes Leben verliehen ist, daß sie noch einmal Freiheitsapostel werden konnten, in den deutschen Ländern die Polizeispizel aller Grade noch nicht vergessen. Dieses Volk ist nur glücklich, wenn es eine starke Faust über sich fühlt; läßt der Druck nach, so wird es übermütig, gewaltthätig, weiß nicht, was es will.

Auch wir haben uns in diesem Punkte früher getäuscht — wer nicht? Wir hofften, die volle Gewährleistung ihrer Rationalität würde die Tschechen wieder zur Besinnung bringen, sie würden sich nach und nach wieder darein finden, friedlich neben und mit den Deutschen ihren Wohl zu pflanzen und ihr Gewerbe zu betreiben. Früher. Allein die Vertrauensseligkeit der Herren vom Prager Kasino und des von ihnen geleiteten Teiles der Deutschen in den ersten Monaten dieses Jahres haben wir nicht mehr begriffen. Auf die hochpolitischen Erwägungen, die bei den Führern unverkennbar im Spiele waren, kommen wir nachher. Genug, sie meinten, ihre Versöhnlichkeit auch durch große Opfer und durch Vertrauen beweisen zu müssen; sie feindeten wie ihre gefährlichsten Gegner diejenigen Deutschböhmen an, die nur wagten, zu bedauern, daß außer der tschechischen und der deutschen Kurie im Landtage auch noch eine Kurie der Großgrundbesitzer geschaffen werden solle, die durch ihr Veto jeden Beschluß vereiteln könne; sie gaben Rechte preis im Vertrauen auf die Willigkeit der Tschechen. Ein solcher Fall hat nun das Loch in die Pauke geschlagen. Im Landesschulrat soll die Gemeinde Prag durch einen Deutschen und einen Tschechen vertreten werden, und der Stadtrat sollte zu diesem Zwecke je drei Vorschläge machen; in dieser Bestimmung erblickte Rieger eine Kränkung des Stadtrates, der gewiß stets loyal vorgehen werde, und auf diese Versicherung hin willigten die Deutschen darein, dieser Körperschaft das freie Wahlrecht zuzugestehen. Die Wahl ist zum erstenmale erfolgt, und der Stadtrat hat einen Schuldirektor deutscher Abstammung gewählt, der als Überläufer sich der tiefsten Mißachtung der Deutschen erfreut. Rechtlich ist dagegen nichts einzuwenden. Der Stadtrat hat nicht loyal gehandelt, aber das konnte auch kein Unbefangener von ihm erwarten. Doch damit nicht zufrieden, bekannnten die Prager Blätter offen, man habe den zu einem Theresienruhmgelangten Herrn Heinrich gewählt, um die Deutschen zu höhnen, eins davon nannte die Wahl „eine brennende Ohrfeige“ in das Antlitz der Deutschen.

Dieser Tabak war nun ein wenig zu stark. Wo Deutsche im Lande wohnen, äußerte sich die Entrüstung sehr entschieden, und fast überall waren sie darüber einig, welche Antwort auf diese unverschämte Beleidigung zu erteilen sei. Im nächsten Jahre soll nämlich in Prag eine böhmische Landesausstellung stattfinden. Nur von tschechischer Seite beschickt, würde sie kaum groß interessieren, selbst wenn die Besucher gewiß wären, die berühmtesten Landesprodukte, die Gebrüder Gregr, Marat-Baschaty, die tschechischen Granden „Kaunic“ und Laschansky und den Ehrentschechen Heinrich in den Schaukästen zu finden. Daher war eins der ersten Desiderien beim Ausgleich, daß die Deutschen den Beschluß, der Ausstellung fern zu bleiben, fallen lassen sollten, und in den Flitterwochen der Versöhnung wurde diesem Wunsche bereitwillig entsprochen. Nun erklären die Nordböhmern es ziemlich einhellig für unstatthaft, als Aussteller die Gastfreundschaft einer Stadt anzunehmen, deren offizielle Vertretung sie eingeständenermaßen absichtlich beleidigt hat. Die Parteileitung aber veröffentlicht eine Erklärung, die von dem Zurückziehen der Zusage abrät. Zwei Gründe werden dafür angeführt. Einzelne hätten sich bereits Kosten für die Ausstellung gemacht; das läßt sich hören, obwohl auch die Meinung etwas für sich hat, es sei wirtschaftlicher, die Auslagen verloren zu geben, anstatt noch mehr Geld an ein so wenig Aussicht bietendes Unternehmen zu wenden. Auch ist dieser Grund augenscheinlich nicht der entscheidende, sondern der folgende: obwohl die in Prag versammelt gewesenen Abgeordneten nicht mehr an das Gelingen des Ausgleichswerkes glauben, wollen sie sich nicht nachsagen lassen, sie hätten, wenn auch nur in einer Nebensache, ein Versprechen zurückgenommen.

So trocken hingestellt muß dieses Raisonement Verwunderung erregen. Denn die tschechischen Blätter scheuen vor keinem Unsinne, vor keiner Verdrehung der Wahrheit zurück, um den Deutschen die Zerstörung des Versöhnungswerkes vorzuwerfen, sie würden sich auch nichts daraus machen, gerade das Erscheinen der Deutschen auf der Ausstellung in demselben Sinne zu benutzen. Daß ihnen kein vernünftiger Mensch glaubt, wissen sie ganz gut, sie wollen eben Bruch und Skandal haben um jeden Preis. Indessen ist zu berücksichtigen, daß der Kaiser das Protektorat der Ausstellung angenommen hat, und ihn würden die Deutschen zu verletzen fürchten. Sollte, was ja nach all diesen Vorgängen nicht unmöglich ist, der Kaiser seine Zusage zurücknehmen, so würde das die Sachlage ändern.

Manche Zeitungsstimmen lassen auch erkennen, daß den Führern der „Altliberalen,“ wie die Partei der „Vereinigten Linken“ jetzt häufig genannt wird, der „Fall Heinrich“ keineswegs unwillkommen ist. Nach ihrer Doktrin müßte Graf Taaffe doch endlich den Platz räumen, da er mit seinem Programm so vollständig auf den Sand geraten ist, und dann bliebe keine andre Möglichkeit, als die Berufung eines deutschen Ministeriums. Auf die Frage:

was dies thun werde, um der Verwirrung ein Ende zu machen, erhält man leider keine klare Antwort. Aber wenn die Herren nicht im Besitz eines Geheimmittels sind, ließe sich der Verlauf der Dinge nicht allzu schwer voraussagen. Freie Wahlen werden stets eine tschechische Mehrheit für den böhmischen Landtag und eine deutschfeindliche Mehrheit im Reichsrat ergeben. Um diese abzuwehren, müßte zu den altbekannten Mitteln gegriffen werden: sanfter Druck auf Kreise, die es mit dem Hofe nicht verderben wollen, in andern Schichten stärkerer durch die Beamtenerschaft; in Galizien würde möglicherweise trotz allem, was dort in den letzten Jahrzehnten verdorben worden ist, noch der Schutz gegen polnische Wahlkünste genügen, um eine der Bevölkerungsziffer entsprechende Anzahl Kuthenen in die Vertretungen zu bringen und sie wieder regierungsfreundlich zu stimmen. Dann könnte die Festsetzung der Grenzen zwischen deutsch und tschechisch durchgeführt, und vor allem durch Erklärung des Deutschen zur Staatsprache weitem Übergreifen des Tschechentums ein Ziel gesetzt werden. Infolge dessen vermutlich wieder parlamentarische Arbeitseinstellung der Tschechen, die als unvermeidlich mit Ruhe hingenommen werden müßte, und die nur dann längere Dauer haben würde, wenn die Tschechen meinten, Zweifel in den vollen Ernst der Regierung setzen zu dürfen.

Denkbar wäre wohl, daß die deutsche Regierung versuchte, den Bund der Alt- und Jungtschechen zu sprengen und jene durch Zugeständnisse zu kirren. Der Versuch könnte sehr weit führen: hat doch der liberale Deutsche Stremeyr als Justizminister die deutsche Sache in Böhmen mehr geschädigt als der slawenfreundliche Schönborn. Dann würde das Ministerium von seiner eignen Partei gestürzt werden.

Endlich wäre ein dritter Weg möglich. Die Tschechen rufen fortwährend die Schlacht am Weißen Berge an: damit sagen sie selbst, daß Böhmen noch jetzt als erobertes Land angesehen werden soll, und der ungebärdigen Bevölkerung eines solchen wird man am besten Herr durch die Diktatur. Dabei wäre die Regierung in der angenehmen Lage, nicht die Gutgesinnten mit den Böswilligen leiden zu lassen, denn die Deutschböhmern stellen sich ja nicht auf deren Standpunkt.

Den dritten Weg könnten die Deutsch-Liberalen nicht wählen, da sie mit doktrinärer Zähigkeit an der Fiktion vom parlamentarischen Regiment festhalten, und dies wenigstens zum Schein wahren würden. Das betrübende Ziel des zweiten Weges liegt aber gar zu deutlich vor Augen. Wüthte bliebe der erste. Aber weshalb sollte die auf diesem Wege liegende Arbeit nicht ebenso gut vom Grafen Taaffe mit einem Kreise tüchtiger, charakterfester Beamten verrichtet werden können? Weil er sich zu seinem Irrtum bekennen müßte? Er ist kein Doktrinär, und einen Irrtum eingestehen und wieder gut machen, bringt keine Schande. An Mitarbeitern würde es ihm nicht fehlen, und wenn auch viele

Zeitungen jammern würden, die Bevölkerung brächte sicherlich im Staatsdienst erprobten Männern größeres Vertrauen entgegen als unversuchten Parlamentsrednern oder gar schon versuchten. Die Jahre 1868 bis 1870 und 1871 bis 1879 haben schwerlich jemand auf eine Wiederholung lüstern gemacht. Und schließlich könnten die Liberalen ja nur dankbar sein, wenn die notwendige, mühevoll und verantwortliche Aufgabe nicht Männern ihrer Partei aufgebürdet würde. Vielleicht hätte sogar einer oder der andre von diesen den Mut, sich der Unpopularität auszusetzen, der Mitglieder einer nichtparlamentarischen, nichtliberalen Regierung verfallen. Sie ist nicht so gefährlich: derselbe Herr von Tzedik, der jenes Schicksal einst erfuhr, ist längst wieder zu Gnaden angenommen, obgleich er das Eisenbahnwesen unter dem Grafen Taaffe leitet.



Die Wissenschaft im Lichte der sozialen Idee

Von E. König



icero erzählt einmal von Pythagoras, daß er die Welt mit einem Markte verglichen habe, auf dem einige kaufen, andre verkaufen, noch andre aber dem Treiben der übrigen zuschauen und ohne Interesse an den Dingen selbst sich lediglich der Betrachtung hingeben; diese Beschäftigung sei die edelste, und die sich ihr widmen, seien die Weisheitsfreunde, oder wie wir jetzt sagen würden, die Gelehrten. Diese Auffassung von der Stellung des Forschers in der Gesellschaft, nach der er das Wesen des Aristokraten und des Asketen in sich vereinigt, hat sich ihrem allgemeinen Sinne nach bis in die Gegenwart erhalten, indem nur bald mehr die asketische, bald mehr die aristokratische Seite betont worden ist. Das Mittelalter kannte nur den geistlichen Gelehrten, der abgeschieden in den Klostermauern lebt und sinnt, in der neuern Zeit hat sich der Begriff einer geistigen Aristokratie ausgebildet, für die mannichfache Vorrechte beansprucht worden sind; und jedenfalls erfreut sich auch in der Gegenwart der Grundsatz eines weitverbreiteten Beifalls, daß die Wissenschaft nur um ihrer selbst willen zu betreiben sei, und daß insofern wenigstens der Denker eine Ausnahmestellung in der Gesellschaft einnehme und einnehmen müsse, als er unberührt von den um materielle Güter sich bewegenden Sorgen und Bestrebungen der übrigen Menschheit nur auf den Erwerb wissenschaftlicher Wahrheiten auszugehen habe;